

CDU und SPD in Kraftwerksfrage einig: **Bürgerentscheid zu Trianel „nicht zulässig“**

Von Daniela Thamm

Lünen. Einen freiwilligen Bürgerentscheid zur Kraftwerksfrage wird es nicht geben. Sowohl CDU- als auch SPD-Fraktion sprachen sich gegen einen entsprechenden Bürgerantrag der Kraftwerksgegner und für eine Realisierung des Trianel-Kraftwerkes aus.

Ein Bürgerentscheid sei schlicht nicht zulässig, erklärte der CDU-Fraktionsvorsitzende Friedhelm Schroeter bei einer Pressekonferenz. „Die Prüfung und Entscheidung liegt bei der Bezirksre-



Bild: Blaszczyk

„Die Prüfung und Entscheidung liegt bei der Bezirksregierung. Wir als Rat sind außen vor.“

Friedhelm Schroeter,
CDU-Fraktionsvorsitzender

gierung. Wir als Rat sind außen vor.“ Unterstützung kommt von der SPD-Fraktion, die einen freiwilligen Bürgerentscheid „für nicht angebracht und nicht akzeptabel“ hält, so der Fraktionsvorsitzende Rolf Möller auf Anfrage. „Die Bürgerinitiative setzt aus rein populistischen Gründen auf dieses Mittel, obwohl sie weiß, dass es nicht funktioniert.“

Auf kommunaler Ebene sei die Entscheidung längst gefallen. „Wir hatten den Schlüssel in der Hand, als wir über den Verkauf des Grundstücks am Stummhafen und die Beteiligung an einem Kraftwerk an dieser Stelle entschieden haben“, betonte Schroeter.



Bild: Blaszczyk

„Ein freiwilliger Bürgerentscheid ist nicht angebracht und nicht akzeptabel.“

Rolf Möller,
SPD-Fraktionsvorsitzender

Damals habe es eine einstimmige Ratsentscheidung für Trianel gegeben. „Wenn die Bürgerinitiative behauptet, man könne diesen Weg zurückgehen, wird die Bevölkerung mit falschen Informationen gefüttert“, so Fraktionsvize Thomas Gössing. Fakt sei aber: man wolle gar nicht zurück. „An unserer Überzeugung hat sich nichts geändert“, stellte Schroeter klar.

Anders verhalte es sich beim von Evonik angedachten zweiten Kraftwerk an der Moltkestraße. In Lünen sei nur ein weiteres Kraftwerk zumutbar, so die CDU. „Ob Evonik auf ihrem Grundstück überhaupt ein Kraftwerk bauen kann, ist zweifelhaft“, so Schroeter. Es gebe viele offene planungsrechtliche Fragen.